

# "Bereitmachen für mehr Verantwortung"

## Grüne im Bezirk Oberbayern sehen Kommunalwahlen 2020 bei Treffen in Neuburg optimistisch entgegen

erstellt am 29.06.2019 um 19:00 Uhr

Neuburg (DK) Mit großer Zuversicht blickte die Bezirksversammlung Oberbayern von Bündnis 90/Die Grünen am Samstag in Neuburg den Kommunalwahlen im Frühjahr 2020 entgegen. „Wir können uns bereit machen, Verantwortung zu übernehmen“, rief Landtagsabgeordneter Johannes Becher in den Saal.



Grünen-Bezirksversammlung für Oberbayern in Neuburg: MdL Ludwig Hartmann (von rechts), Bezirksvorsitzende Agnes Krumwiede, die stellvertretende Bundesvorsitzende der Grünen, Jamila Schäfer und Bezirksvorsitzender Markus Büchler. | Foto: Horst Richter

Martina Neubauer aus Starnberg werde die erste grüne Landrätin Bayerns sein, kündigte er an. „Und ich hoffe, sie wird nicht alleine bleiben. Wir wollen mindestens 15 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Oberbayern stellen und die erste grüne Oberbürgermeisterin in Bayern. Ich glaube, die Zeit ist reif.“

Zuvor hatte sich der Grünen-Fraktionsvorsitzende und Sprecher für den ländlichen Raum im bayerischen Landtag, MdL Ludwig Hartmann, ähnlich optimistisch geäußert, wenn „wir dem Vertrauensvorsprung, den wir gerade genießen, gerecht werden“. Hartmann widmete sich in großen Teilen seiner Rede dem Klimaschutz und mahnte eine Änderung der derzeitigen Politik an. „Wir werden als Grüne Fraktion noch vor der Sommerpause ein eigenes Klimaschutzgesetz vorlegen, um konkrete Maßnahmen zu benennen, was noch gemacht werden muss.“ Dazu gehöre vor allem die Energiewende mit dem Ausbau von Wind- und Sonnenenergie. „Und was passiert in Bayern? Es steigt aus dem Ausbau der Windkraft aus“, kritisierte der Fraktionsvorsitzende die Politik der Staatsregierung. Der falsche Weg, wie er fand: „Wir müssen auch in Bayern der Windkraft eine Heimat geben.“

Hartmann wünschte sich zudem deutlich mehr Zusammenhalt, wenn es um das Gefälle zwischen Stadt und Land geht. „Der Kampf für eine bessere Welt beginnt in unseren Städten und Gemeinden.“ Man müsse außerhalb der Ballungszentren Angebote schaffen, die Wohnungsnot werde nicht in München gelöst. Deshalb stelle sich die Frage: „Wie schaffen wir es, dass ältere Menschen möglichst lang in ihrem Dorf, in ihrer Heimat bleiben können? Wir müssen den ländlichen Raum stärken.“ Dazu gehöre auch ein besseres Bus- und Bahnangebot. Einen weiteren Gesetzentwurf will Hartmann vorlegen, um den Flächenverbrauch im Freistaat auf fünf Hektar pro Tag zu beschränken. „Die Söder-Regierung hat angekündigt, was zu liefern, es kommt nichts.“

Der Grünen-Politiker sprach Audi und BMW an. „Das saubere Auto der Zukunft wird gebaut, die Frage ist wo. Es kann nicht sein, dass man einen Diesel verteidigt. Da versucht man nochmal, zehn Jahre herauszuholen.“ Verbrennungsmotoren sollten schnellstmöglich der Geschichte angehören. Wie schwierig der Umstieg sein wird, zeigte Ute Berger von der IHK München und

Oberbayern auf (siehe Bericht unten).

Die Versammlung verabschiedete einen Antrag „Innovative Fahrzeugindustrie aus Bayern“ mit dem Ziel, saubere, emissionsfreie Fahrzeuge von morgen sollten aus Bayern und Oberbayern kommen, um Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Steuerkraft in Oberbayern zu erhalten. Ein zweiter Antrag der oberbayerischen Grünen befasste sich mit „Kultur als Fundament unserer Demokratie“. Dazu erklärte Bezirksvorsitzende Agnes Krumwiede: „Kulturförderung steht in Zeiten knapper Kassen in einem krassen Rechtfertigungszwang.“ Dabei sei „die Freiheit der Kunst das Fundament einer offenen Gesellschaft.“ Sie forderte neben Respekt für künstlerische Leistungen eine faire Bezahlung für alle Künstlerinnen und Künstler und die Gleichstellung von Frauen im Kulturbetrieb. Es müsse endlich ein Ende haben mit den Privilegien der Platzhirsche, sagte sie, prangerte die „Spezialwirtschaft in der Kulturpolitik auf Kommunalebene“ an und trat für transparente Förderkriterien und öffentliche Stellenausschreibungen ein. Das Jahreseinkommen von Kunstschaffenden betrage im Schnitt nur 14 000 Euro bei einer monatlichen Rentenerwartung von 420 Euro. Das Georgische Kammerorchester in Ingolstadt etwa, ein Ensemble von internationalem Rang, gehöre zu den am schlechtesten bezahlten in Deutschland, nannte Krumwiede ein Beispiel. Die Qualität des Orchesters sei deshalb für die Zukunft nicht gesichert.

Die stellvertretende Bundesvorsitzende der Grünen, Jamila Schäfer, wies darauf hin, dass die Grünen neben dem Thema Klimaschutz auch für die soziale und demokratische Weiterentwicklung in der Europäischen Union kämpfen müssten. Dazu gehörten der Ausbau des Schienennetzes, gemeinsame Sozialstandards oder der Stopp von Rüstungsexporten in Krisenregionen, sagte Schäfer.

Die Versammlung in Neuburg nutzte die Gelegenheit, um die beiden Vorsitzenden im Bezirksverband Oberbayern von Bündnis 90/Die Grünen, Agnes Krumwiede aus Ingolstadt und Markus Böhler aus Oberschleißheim, im Amt zu bestätigen. Sie erhielten jeweils mehr als 90 Prozent Stimmenanteil.

#### **Harte Zeiten für Audi & Co - IHK-Expertin zeigt die hohen Hürden bei Umstieg auf E-Autos auf**

Neuburg (DK) Die Megatrends im Fahrzeugbau stellen die Unternehmen vor immense Umbrüche. Das erläuterte Ute Berger, Leiterin des Referats Industrie und Innovation bei der IHK München und Oberbayern, am Samstag mit der Vorabpräsentation einer Studie ihres Hauses bei der Grünen-Bezirksversammlung. Die ausführliche Vorstellung ist Ende dieser Woche geplant.

Der Wandel in der Automobilindustrie ist nach den Worten der Expertin eine große Herausforderung. Es gebe viele Stolperfallen, unter anderem die enorme Abhängigkeit von US-amerikanischen Internetkonzernen und Chipherstellern. „Da werden wir aufpassen müssen.“ Angesichts zunehmender Staus auf den Straßen „müssen wir Konzepte entwickeln, die viele Personen gleichzeitig befördern“, zugleich in autonomes Fahren investieren und die E-Mobilität vorantreiben. Vom Wandel betroffen seien Hersteller, Zulieferer, der Vertrieb, die Kunden, aber auch Versicherer und besonders Werkstätten. „Geht diese Industrie den Bach runter, hat Bayern tatsächlich ein Problem“, sagte Berger angesichts 340 000 Arbeitsplätzen in Bayern im Fahrzeugbau inklusive Zulieferer mit 106 Milliarden Euro Umsatz. Die Herausforderungen lauten: E-Mobilität, autonomes Fahren, automatisiertes Fahren, vernetztes Fahren und neue Mobilitätskonzepte wie der Fahrdienst Uber.

Die Infrastruktur sei ein weiterer Punkt: „Wir brauchen Ladepunkte, Ladepunkte, Ladepunkte“, aber keine Zellfertigung in Deutschland, verteilte Berger „einen kleinen Seitenhieb auf das Altmaier'sche Industriepapier. Die Subventionen halten wir nicht für richtig“, hielt sie dem Bundeswirtschaftsminister entgegen. Die Fertigung brächte wenige Arbeitsplätze und sei extrem energieintensiv. Stattdessen sollte besser die Entwicklung neuer Batterietechniken gefördert werden.

Wie hoch der Druck auf die deutsche Autoindustrie ist, belegte Berger mit einem Vergleich: Google-Tochter „Wymo“ habe in Kalifornien bereits zwei Millionen Testkilometer mit autonomen Fahrzeugen hinter sich und greife nur alle 18 000 Kilometer ein, weil das Fahrzeug eine Situation nicht beherrscht. „Daimler hat bis jetzt nur 2800 Testkilometer machen dürfen und musste alle zweieinhalb Kilometer eingreifen.“ Es fehlten die Möglichkeiten, diese Technologie zu testen, Regulierungen würden die Entwicklung hemmen. „Wir sollten wirklich Pilotprojekte im urbanen Feld zulassen, dass wir diese Industrie nicht verlieren.“ Dienstleister würden solche autonomen Autos dann bevorzugt kaufen, die Fahrzeuge würden viel in Bewegung sein, und so das Parkplatzproblem ein wenig lösen. Aber dazu müssten mindestens 50 Prozent selbstfahrende Wagen unterwegs sein. Gute Noten verteilte Berger an die deutschen Zulieferer, noch seien sechs von ihnen unter den zehn Weltbesten. Beim vernetzten Fahren gebe es aber eine große Abhängigkeit von großen Konzernen, weil benötigte Hochleistungsprozessoren bisher nicht hierzulande hergestellt würden, auch wenn Infineon auf einem guten Weg sei. Die riesigen Datenmengen müssten ebenfalls irgendwo gespeichert werden, hier steige Google sehr stark ein. „Wir müssen hier aufpassen, weil wir eine Monopolisierungstendenz fürchten.“ Es bedürfe einer „sehr sensiblen, intelligenten und nicht innovationshemmenden Regulatorik“, sagte die IHK-Expertin. Das vernetzte Fahren werde zudem die Versicherungen treffen: „Tesla hat bereits angekündigt, eigene Policen auf den Markt zu bringen“, personalisierte Angebote auf Basis gesammelter Daten. „Das wird einen Teil unserer Versicherungs- und Finanzierungsbranche aufwirbeln.“ Zu klären sei auch: „Wem gehören die Daten, wer darf sie auswerten?“ Berger wünscht sich eigene Clouds auf EU-Ebene.

Ein „ganz heißes Thema“ seien neue Mobilitätsangebote wie Lyft und Uber. Mit Zunahme der Anbieter würden die gefahrenen Kilometer steigen, da brauche es eine „vernünftige Regulierung“, stellte Ute Berger fest. Es sollten nur solche Konzepte belohnt werden, die Leerfahrten vermeiden und mehrere Personen befördern, „sodass wir den ÖPNV nicht kannibalisieren, sondern ihn stärken und ausbauen“.

© donaukurier.de | Horst Richter

---

URL: <https://www.donaukurier.de/lokales/neuburg/DKmobil-Bereitmachen-fuer-mehr-Verantwortung;art1763,4234253>